

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 9

Rubrik: Dossier : der ferne Osten rückt näher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Jakob Roth,
 1951 geboren, promovierte nach Lizentiaten in Geschichte und Volkswirtschaft sowie Studienaufenthalten in London, Beijing und Rom in Wirtschaftsgeschichte in Basel. 1982 trat er in den diplomatischen Dienst des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten ein; nach Tätigkeiten in Bern, London und Tokyo war er ab 1990 Stellvertreter des Botschafters in Beijing. 1995–1997 baute er in Zürich die Schweizerische Asiensstiftung auf. Ab 1. März 1997 hat er in der politischen Abteilung V die Sektion Kultur und UNESCO übernommen. Seit August 2001 ist Hans Jakob Roth Schweizerischer Generalkonsul in Schanghai. Die vorliegende Analyse entspricht einer persönlichen Einschätzung. Sie widerspiegelt nicht die offizielle Sicht des Departements für Auswärtige Angelegenheiten.

DAS 21. JAHRHUNDERT – ENDE DER WESTLICHEN VORHERRSCHAFT

Die ostasiatischen Gesellschaften sind wegen ihrer demographischen Dichte und ihrer gut funktionierenden Kollektivität für den Westen Chance und Herausforderung zugleich.

Das 21. Jahrhundert dürfte zwar kein «pazifisches Jahrhundert» werden. Dazu sind verschiedene Parameter nicht gegeben. Die folgenden Feststellungen sollen deshalb keineswegs als pessimistisch für den Westen ausgelegt werden. Allein das 20. Jahrhundert, für das Oswald Spengler bereits 1919 den «Untergang des Abendlandes» vorausgesagt hat, dürfte in seinen positiven wie negativen Entwicklungen die anhaltende Stärke der westlichen Welt gezeigt haben.

Die Grundbedingung für die weltweite Expansion der europäischen Zivilisation war die schon im antiken Griechenland beginnende Befreiung des Individuums von seiner Gesellschaft. Die Grundlagen der modernen wissenschaftlichen und künstlerischen Entwicklungen waren damit gelegt, die Basis zur globalen technischen und militärischen Vorherrschaft Europas geschaffen.

Vorprogrammiert waren allerdings auch einige grundsätzliche, weltanschauliche Konflikte. Der Laissez-faire-Kapitalismus mit seiner übertrieben egoistischen Sicht rief im Zuge der durch die Industrialisierung hervorgerufenen gesellschaftlichen Probleme eine korrigierende Gegenbewegung auf den Plan. Diese bestand einmal in der englischen Genossenschaftsbewegung um Owen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit Marx und Engels ging sie in der Folge im Kommunismus bedeutend weiter. Der europäischen Individualgesellschaft entstand so ein Gegenstück im Bild einer idealisierten Kollektivgesellschaft, in der die Gemeinschaft wieder den Vorrang vor dem Individuum erhalten sollte. Die urgermanische Sippe wurde in diesem Zu-

sammenhang von Engels herangezogen und als Vorbild gebraucht. Doch die Idee des Kollektivs ist pervertiert worden, ja, sie hat als Grundlage des Kalten Krieges die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in unschöner Weise markiert und dürfte über die horrenden Militärbudgets nicht unweitlich dazu beigetragen haben, dass letztlich die asiatische Welt ihre Chance erhalten hat. Doch selbst wenn die kommunistische Ideologie von den Machthabern Osteuropas und der UdSSR nicht zu ihrem eigenen Gunsten ausgenutzt und pervertiert worden wäre, hätte sich der Sozialismus und seine kollektive Sicht in Europa nicht durchsetzen können. Europas Gesellschaften bleiben Individualgesellschaften, der europäische Sozialismus musste scheitern, da die Ideologie nicht den Grundlagen der betreffenden Gesellschaften entsprochen hat.

Das weltweite Frohlocken über den Zusammenbruch des Sozialismus, der korrigierenden Variante des Individualismus, hat nun leider darüber hinweggetäuscht, dass auch die individualistische Variante der westlichen Individualgesellschaften nahe am Bankrott angelangt ist. Auch dieses Scheitern ist in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts vorhersehbar geworden. Das Individuum bürdet nicht ungestraft jegliche soziale Verpflichtung einem Staat auf, mit dem es nichts zu tun haben will und an den es letztlich nicht einmal mehr glaubt. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, in konjunkturell schwierigeren Zeiten schon gar nicht.

Unser Scheitern als Gesellschaft – wir haben es selbst herbeigeführt und sind weiter daran, entscheidende strategische

Fehler zu machen. Diese Fehler sind zugegebenermassen aus der eigenen Gesellschaft heraus nicht so leicht ersichtlich, geschweige denn korrigierbar. Eine Sicht von aussen ist gefordert, eine andere Perspektive wird mehr und mehr notwendig. Die internationale Welt, an deren Schwelle wir heute stehen, gibt uns in dieser Hinsicht faszinierende Vergleichsmöglichkeiten, an denen wir uns orientieren könnten – und an denen wir uns in Zukunft auch werden messen müssen, weil wir nicht mehr um die Auseinandersetzung mit dieser Welt herumkommen.

Zivilisatorische Dekolonialisierung

Mit dem Westpazifik hat sich nun eine Region neben Europa geschoben, die im 21. Jahrhundert eigene Wertvorstellungen und Machtansprüche anmelden wird. Sowohl politisch wie wirtschaftlich hat Ost- und Südostasien das Potenzial erreicht – die Krise scheint dies eher zu bestätigen als zu widerlegen –, die westliche Vorherrschaft in Frage zu stellen. Nach der militärischen Dekolonialisierung im Ersten Weltkrieg und der politischen Dekolonialisierung in der Folge des Zweiten, stehen wir heute vor dem letzten Schritt der Relativierung des europäischen Einflusses, der zivilisatorischen Dekolonialisierung.

Die zivilisatorische Dekolonialisierung hat nur stattfinden können, weil die westpazifische Region mehr und mehr über die wirtschaftliche und politische Macht zu verfügen beginnt, eigene, andersgeartete Ansprüche an den Rest der Welt zu stellen. Neue Wertvorstellungen haben sich neben die europäischen Vorstellungen gestellt und dürften künftig auch vor internationalen Abkommen kaum Halt machen. Sicher ist jedenfalls, dass ein Abkommenssystem, das nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem westlichen Willen zur Vermeidung weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen und auf der Erkenntnis der Fehler aus den Handelspolitiken der Dreissigerjahre basiert, wie das GATT oder die Nachfolgeorganisation der WTO, kaum in der Lage sein dürfte, einem tatsächlich internationalen Handelssystem, das diese verschiedenen Wertvorstellungen vereinen soll, in ihrer heutigen Form eine tragfähige Grundlage zu bieten.

So, wie sich die Menschenrechte heute präsentieren, ist ihre Ausformung allein der westlichen Individualgesellschaft nachempfunden.

Allein durch ihre Existenz entsteht somit die Herausforderung der ostasiatischen Kollektivgesellschaft, die sich neben die westliche Individualgesellschaft zu schieben beginnt. Da es sich bei diesem ostasiatischen Muster wirklich um ein anderes Gesellschaftssystem handelt, wird schon aus den Prioritäten ersichtlich, welche die ostasiatischen Länder in ihren Gesellschaften verfolgen. Die individuellen Belange werden dort im Gegensatz zur westlichen Gesellschaft, in der sie alles dominieren, lediglich im Rahmen der Gemeinschaft berücksichtigt. Neben den Werten des Individuums rückt damit auch der Wert der Gemeinschaft in den Vordergrund.

Sind Menschenrechte relativ?

Das westliche Scheitern, sowohl der alternativen kollektivistischen Richtung mit dem Ende des sowjetischen Kommunismus, wie auch der individualistischen Richtung durch das unaufhörliche Ansteigen der gesamtgesellschaftlichen Probleme im Zuge einer ungebremsten Individualisierung, rufen geradezu nach einer Korrektur. Kursänderungen allein, wie sie eine Zivilisation aus sich selbst hervorzubringen vermag, sind den Erfordernissen der Zeit nicht mehr gewachsen, umso mehr, als Linke und Rechte in einem breiten Mittelfeld ihr Profil und ihren Ideenreichtum verloren zu haben scheinen.

Der wirtschaftliche Erfolg echter Kollektivität in den ostasiatischen Massengesellschaften ist sowohl eine Herausforderung wie auch eine Chance. An der neuen Andersartigkeit lassen sich vergleichend die Stärken und Schwächen der jeweiligen Zivilisation feststellen, der östlichen so gut wie der westlichen.

Die Gemeinschaft als Hort der Geborgenheit – diese Seite ist im Westen längst begraben unter den Idealen der *liberté*, *égalité* und *fraternité*. Mit ihrem Begräbnis hat der Staat die soziale Verantwortung, die *égalité* und die *fraternité* wahrzunehmen, zugunsten einer sich letztlich selbst zerstörenden, momentan noch alles überragenden *liberté* des selbstsüchtigen Individuums aufgegeben.

Natürlich hat die Geborgenheit ihren Preis, den Preis der Beschränkung des individuellen Freiraums. Nichts ist für den

westlichen Menschen im Fernen Osten belastender als das Fehlen seiner Ellbogenfreiheit und damit seiner individuellen Freiheit gemeinhin. Erst mit längerem Aufenthalt, mit fortschreitender Sozialisation, wird diese Einschränkung auch vom Westen als positiv empfunden.

Tatsache bleibt, dass in der heraufziehenden Internationalität, beispielsweise



in der Frage der Menschenrechte, die Grundlagen neu diskutiert und definiert werden müssen. Dies darf nicht mit einer Akzeptanz bestehender Zustände in Asien gleichgesetzt werden. Doch so, wie sich die Menschenrechte heute präsentieren, ist ihre Ausformung allein der westlichen Individualgesellschaft nachempfunden. Das geht schon allein daraus hervor, dass in der Uno-Menschenrechtserklärung die Gemeinschaft gerade noch im zweitletzten Artikel erwähnt wird – der letzte betrifft den formellen Schluss der Erklärung. Mit Recht hat ein chinesischer Rechtsprofessor deshalb nach einem Vortrag über Menschenrechte in Beijing bemerkt, westliche Intellektuelle sprächen immer über die Würde des Menschen, wo denn letztlich die Würde der Gemeinschaft stehe? Es ist diese Frage, die in ihrer ganzen Tragweite auch die gesamte Palette menschlicher Existenzmöglichkeiten aufzeigt.

Personengebundene Loyalität versus Sachloyalität

Auch die wirtschaftliche Herausforderung Ostasiens hat neben rein wirtschaftlichen Faktoren auch eine sozialpsychologische Komponente. Diese ergibt sich vor allem aus der anders begründeten ethischen Grundlage des Lebens allgemein und aus der daraus abgeleiteten unterschiedlichen Dynamik des wirtschaftlichen Wettbewerbs. «Der dritte Weg» von *Ota Sik* kann kein echter dritter Weg sein, da er sich ebenfalls auf dem Hintergrund einer Individualgesellschaft ansiedelt. Hingegen präsentieren die ostasiatischen Volkswirtschaften aufgrund ihrer kollektiven Natur eine echte Alternative zu den bestehenden Systemen von Markt oder Plan, wie sie im westlichen Umfeld entwickelt worden sind.

In ethischer Hinsicht sind die asiatischen Gesellschaften insofern auf einer anderen Basis angesiedelt, als der ethische Bezugspunkt immer auf einer konkreten Personenbeziehung, nie auf einem abstrakten Moralprinzip beruht. Dies geht einerseits aus den Denkunterschieden hervor, die sich auf eine dynamische Wirklichkeit konzentrieren, in der alles, ausser persönlichen Bezugsverhältnissen, im Fluss ist. Andererseits liegen die Gründe in der umfassenden Wichtigkeit, die diese Ge-

sellschaften dem sozialen Bereich, insbesondere den persönlichen Beziehungen, zukommen lassen. In ostasiatischen Gesellschaften steht die personengebundene Loyalität über der Sachloyalität, was in westlichen Augen in vielen Situationen einem Verrat der eigenen Seite gleichkäme. Ausserhalb dieser Personenbeziehungen jedoch gelten die Gesetze der freien Wildbahn: jeder für sich und gegen jeden anderen.

Unsere Denkmuster sind auf ein logisch-abstraktes Erfassen der Wirklichkeit ausgerichtet, das der dynamischen Charakteristik dieser Wirklichkeit zu wenig Rechnung trägt. Das pragmatisch-konkrete Denken Ostasiens und die daraus abgeleiteten Handlungsmuster sind dem westlichen in vielen aktuellen Situationen überlegen. Die ostasiatischen Zivilisationen sind Massengesellschaften, wie sie der Westen nie gekannt hat. Der Begriff der Massengesellschaft hat sich in Europa auf dem politischen und wirtschaftlichen Hintergrund des ausgehenden 19. Jahrhunderts und unter dem Einfluss der neuen psychoanalytischen Wissenschaft herauszubilden begonnen. Menschenmassen in psychisch fragwürdigen Situationen, Massenhysterien, Panikszenarien und Volkszorn sind Ansatzpunkte des Studiums der Massengesellschaft gewesen, das Gustave le Bon 1897 begonnen hatte. Demokratisierung in Europa und Industrialisierung in den USA führten dann zur Ausformung des Begriffs, der eigentlich auf eine Individualgesellschaft gar nicht angewendet werden durfte. Ostasien bietet hingegen die Möglichkeit, Massengesellschaft als Normalzustand studieren zu können. Demographische Dichte und psychische Nähe während Jahrhunderten sowie wirtschaftliche Notstände haben die Bevölkerungen gezwungen, zusammenzustehen und im Interesse von sozialer Geborgenheit auf entsprechende individuelle Freiräume zu verzichten.

In der Massengesellschaft ist beispielsweise eine Trennung in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Recht kaum denkbar, die verschiedenen Bereiche sozialen Geschehens gehen fliessend ineinander über. Das heisst, dass der Staat einen ganz anderen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen hat als in einer westlichen Zivilisation und dass dieser Einfluss selbst sich in einer völ-

In
ostasiatischen
Gesellschaften
steht die
personen-
gebundene
Loyalität
über der
Sachloyalität,
was in
westlichen
Augen in
vielen
Situationen
einem Verrat
der eigenen
Seite
gleichkäme.

lig anderen Art im Wirtschaftsgeschehen manifestiert als bei uns. Dieser Unterschied dürfte in Japan am ehesten ersichtlich sein, wo – übertrieben ausgedrückt – staatliche Wünsche an die Wirtschaftsführer herangetragen und von diesen ausgeführt werden. Umgekehrt setzen Politiker die Vorstellungen der Wirtschaft in ihrer Arbeit um. Gesetze und Dekrete braucht es dazu meist nicht. Das Wissen, dass die Wirklichkeit fliessend ist, hat den Glauben in ein statisches, rechtliches Normensystem nie richtig entstehen lassen.

Verlockungen des chinesischen Marktes

Die Eigenschaften des Massenmarktes als dem Markt der Massengesellschaft sind tatsächlich anders als die einer westlichen individualistischen Gesellschaft. Unter Massenmarkt ist nicht der Markt der Individualgesellschaft zu verstehen, die mittels Automation eine grössere Nachfrage zu bedienen wusste. Massenmarkt ist der Markt der Massengesellschaft, abgehoben von jenem der Individualgesellschaft, allein schon wegen der Dimensionen, um die es geht. Im chinesischen Massenmarkt ruht der Mythos für jeden westlichen Geschäftsmann, welcher 1,3 Milliarden Chinesen je eine Seife, eine Zahnbürste oder ein Veloventil verkaufen möchte. In den Dreissigerjahren entstanden die Romane von Hobart, von denen einer den schönen deutschen Titel «Öl für die Lampen Chinas» trägt und von den Bemühungen einer amerikanischen Ölgesellschaft berichtet, jedem Chinesen eine Öllampe und in der Folge das benötigte Öl zu verkaufen. Der chinesische Massenmarkt hat den westlichen Produzenten immer schon gelockt und wird dies auch noch einige Zeit tun. Auch auf internationalen Märkten sind wir mehr und mehr mit der asiatischen Massenproduktion konfrontiert, denn dort, wo der asiatische Heimmarkt für die Massenproduktion nicht mehr ausreichte, wie in der modernen Elektronik- oder Textilindustrie, drängte Ostasien mit seiner Massenmarktpolitik auf die internationalen Märkte vor. Der ostasiatische Expansionsdrang ist nicht allein ein Phänomen der wirtschaftlichen Entwicklungstrategie – *export-led growth* –, sondern mindestens so sehr ein Phänomen der

sozialen Dynamik. Er ist letztlich soziokultureller Natur.

Dass der Massenmarkt ein anderes Phänomen darstellt, als jenes der westlichen Märkte, geht auch daraus hervor, dass er vom Produzenten anders angegangen wird, als der Markt einer Individualgesellschaft. Das östliche Individuum sucht in seiner Determination als Konsument im Massenmarkt andere Befriedigungen als der westliche Konsument im Markt der Individualgesellschaft. Der Wagen von Mercedes Benz wird auf dem technisch bestmöglichen Niveau entwickelt und dann dem Konsumenten schmackhaft gemacht, der ihn einmal kaufen soll. Der Produzent geht bei uns mittels Marketing gar so weit, dem Konsumenten einzubläuen, was für ihn gut ist; im Übrigen eine Problematik, mit der sich vor allem unsere Dienstleistungsunternehmen befassen müssten. Der Satz «der Kunde ist König» steht nur, weil er es im westlichen Umfeld eben gerade nicht ist.

Der asiatische Produzent hingegen schneidert sein Produkt auf den Leib der Masse. *Hanae Mori* ist bekannt dafür, dass sie weltweit Informationen sammelt und diese zu Kostümen zusammensetzt, von denen sie weiß, dass sie den ungefähren Vorstellungen der grösstmöglichen Zahl von Frauen entsprechen. Sie kommt damit dem menschlichen Empfinden entgegen, das gerade in diesen Gesellschaften besonders stark darauf abzielt, in der Gesellschaft, in der man sich bewegt, möglichst konform dazustehen und eben nicht, sich möglichst markant vom Hintergrund abzuheben, wie dies ein *Gianni Versace* oder ein *Yves Saint-Laurent* im europäischen Modeumfeld zu erreichen versuchen.

In der heutigen Vernetzung der Märkte treten diese verschiedenen Sichten in Konkurrenz, das westliche Vorgehen wird zumindest in Frage gestellt. Da das westliche Produkt aus einem Individualmarkt mit höheren Produktionskosten stammt, ist es auf den billigeren internationalen Konsumgütermärkten in bestimmten Sektoren unter Druck geraten oder bereits aus dem Markt gedrängt worden. Im wirtschaftlichen Bereich hat die Herausforderung Ostasiens mindestens seit dem japanischen Expansionsdrang der Sechzigerjahre begonnen, wobei Japan heute selbst von sei-

nen asiatischen Nachbarn auf Drittmarkten bedrängt wird.

Im Zeichen der Basisdemokratie

Der Satz
«der Kunde
ist König»
steht nur,
weil er es
im westlichen
Umfeld eben
gerade
nicht ist.

Demokratie
ist ein
Konstrukt,
um die
individualistische
Gesellschaft
zur sozialen
Verantwortung
zu zwingen.

Schwieriger wird die Einsicht einer existierenden Herausforderung im politischen Bereich, da wir gerne die westliche Demokratie als höchstes staatspolitisches Gut darstellen. Dieses politische Dogma soll hier thesenhaft in Frage gestellt werden. Westliche Demokratie kann – zumindest heute – wie englisches *Fair Play* und wie der oben erwähnte Kunde, der König sein soll, gesehen werden: zuerst einmal als Korrektiv, das wir benötigen, weil Demokratie unserer Individualgesellschaft gerade fehlt. Die Rücksicht auf die Gemeinschaft muss von Staates wegen mit einem demokratischen System institutionalisiert werden, damit auch auf die Schwächeren der Gemeinschaft Rücksicht genommen wird. Nichts zeigt den Irrtum der Demokratie deutlicher, als ihr Funktionieren – oder vielmehr ihr Nichtfunktionieren – in der heutigen Schweiz.

Unsere Individualgesellschaft, in der sich das Individuum jeglicher sozialen Verpflichtung entzogen hat und in verabsolutiert egoistischer Weise nur noch den eigenen Zielen nachlebt, kann ohne dieses korrigierende Element der Gewichtung der Individualinteressen im grösseren Sozialverband nicht leben. Demokratie ist ein Konstrukt, um die individualistische Gesellschaft zur sozialen Verantwortung zu zwingen. Wie schlecht dieser Zwangsmechanismus gerade heute wirkt, geht allein schon daraus hervor, dass die Minderheiten nicht einmal mehr bereit sind, Mehrheitsbeschlüsse als das zu akzeptieren, was sie sind, als Beschlüsse einer Mehrheit nämlich. Die Gesellschaft zerfällt in einen Haufen von Individualinteressen, die kaum mehr durch gesellschaftliche Normen zusammengehalten werden können. Im Strassenverkehr kann die Disziplin im Interesse aller nur noch durch drastische Bussen gewährleistet werden.

Anders die ostasiatischen Gesellschaften. Diese sind von einer Rücksichtnahme in den unmittelbaren zwischenmenschlichen Belangen charakterisiert, die weit über das hinausgehen, was wir in Europa kennen. Der Einbezug des letzten Mitarbeiters in einen Unternehmensentscheid

in Japan ist ein Zeichen von Basisdemokratie, wie es im Westen nicht zu finden wäre. Die Beratungszeit für einen japanischen Entscheid ist aus diesem Grund in der Regel relativ lang, die Durchsetzung eines Entscheids erfolgt dann jedoch ausgesprochen rasch, da die Diskussion schliesslich mit allgemeinem Einverständnis gefällt worden ist. Nicht so im Westen. Der Entscheid fällt auf relativ hoher Ebene oft in erstaunlich kurzer Zeit – doch danach folgt die Überzeugungsarbeit an den betroffenen Mitarbeitern, welche diesen Entscheid in die Wirklichkeit umzusetzen haben. Demokratie hat keinen Platz im Entscheidungsprozess einer westlichen Gesellschaft.

Damit soll nun nicht ein Bessersein der östlichen Gesellschaften angedeutet werden. Der ausgesprochen guten Berücksichtigung des Mitglieds der Gemeinschaft steht in erschreckender Weise die Lage des Aussenseiters gegenüber. Während die Gruppenmitglieder auf Schutz und Rücksicht der Gemeinschaft zählen können, fällt ein Aussenseiter total ins Leere. Er ist, wie *Lin Yutang* es einmal ausgedrückt hat, nicht vogelfrei in romantisch-positiver Freiheit, die selbst den alten menschlichen Traum des Fliegens einschliesst, er ist «zum Abschuss frei» und kämpft tagtäglich um sein Überleben.

Doch sollte die östliche Variante der Gesellschaft mindestens dazu dienen, uns auf Fehlentwicklungen unserer eigenen Gesellschaften aufmerksam zu machen und unsere sozialen Strategien zu überdenken. Aus einem Vergleich mit dem anderen Gesellschaftsmuster, das wegen der geographischen und der sozialen Distanz tatsächlich von unseren Mustern unabhängig ist, lassen sich grundlegende Erkenntnisse über uns selbst ableiten. Sollten wir uns diesen Einsichten allerdings verschliessen und uns in der neuen internationalen Wettbewerbssituation unseren falschen Überzeugungen hingeben, dann werden Strukturbereinigungen hinausgeschoben, und jede verpasste Gelegenheit

*Demographische
Dichte und
psychische Nähe
während Jahr-
hunderten sowie
wirtschaftliche
Notstände haben
die Bevölkerun-
gen gezwungen,
zusammen-
zustehen und
im Interesse von
sozialer
Geborgenheit auf
entsprechende
individuelle
Freiräume zu
verzichten.*

wird uns bei einer späteren Behebung mehr kosten.

Ob es eine gute Ehe wird?

Angesichts der Herausforderungen, mit denen wir im 21. Jahrhundert konfrontiert sein werden, hat es wenig Sinn, sich abzuschotten. Das laufende Schrumpfen der Welt bringt uns mehr und mehr mit Gesellschaften und Menschen in Kontakt, die uns fremd sind und deren Wertmuster nicht mehr mit unseren übereinstimmen. Die Berührungs punkte werden sich zu Konfliktstellen entwickeln, wenn wir nicht lernen, mit diesen neuen Mustern umzugehen. Die Konfliktregelungsmechanismen unserer Gesellschaft sind für Konflikte zwischen uns entwickelt worden und sind als Ausfluss unserer eigenen Gesellschaft zu verstehen. Die interkulturellen Kontaktstellen werden uns mehr und mehr zeigen, dass unsere Konfliktregeln nicht unbedingt denen anderer Gesellschaften entsprechen. Werden wir uns in der Folge den anderen anzupassen haben? Oder werden sich die anderen unseren Regeln beugen müssen? Die wahrscheinlichste Entwicklung dürfte die sein, dass beide Seiten mit Konzessionen zur Lösung beitragen müssen.

Es sind unsere Fähigkeiten, auf die wir uns für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besinnen müssen. Falls wir dies nicht freiwillig tun, werden wir über kurz oder lang dazu gezwungen. Die ostasiatische Herausforderung wächst und wird früher oder später verlangen, dass wir uns mit ihr beschäftigen. Wir werden uns namentlich dann nicht entziehen können, wenn wir unser heute erreichtes Lebensniveau halten wollen. Wir werden in Zukunft ähnlich einer erzwungenen Ehe miteinander leben müssen, ob wir dies mögen oder nicht. Scheidung ist nur noch bedingt möglich, da der Planet uns den Raum für ein getrenntes Leben heute nicht mehr gewährt. Das Management dieser Ehe wird darüber entscheiden, ob wir in Zukunft in Kooperation oder in Konfrontation miteinander leben werden. ♦

Zur Abbildung auf Seite 13:

«Fliegendes Pferd» im Passgang mit einem Fuss auf einer Schwalbe stehend, Bronze, 2. Jh. n.Chr. In der künstlerischen Leistung vergleichbare Exemplare aus Bronze, auch zu den übrigen in Wu-wei gefundenen Pferden, sind bisher nicht bekanntgeworden. H 34,5, L 45 cm.

INDIVIDUUM UND KULTUR

Menschenrechtsauffassungen im «konfuzianischen Kulturkreis»

Im Westen herrscht der Individualismus. Im Osten regiert der Kollektivismus. Im Westen begreift sich jeder Einzelne als eine Person, die mehr oder weniger ohne Rücksicht auf die Interessen anderer das Recht besitzt, «sich selbst zu verwirklichen». Im Osten dagegen fühlt sich jeder in Familie, grösse Gruppe, Gesellschaft und Staat eingebunden und ist davon überzeugt, dass er sein Verhalten primär an den Interessen dieser «Kollektive» zu orientieren habe. Dies sind immer noch gängige Vorurteile und Klischees, wenn zwischen «östlicher» und «westlicher» Ethik oder Moral unterschieden wird. Und was immer das Wort «Konfuzianismus» bedeuten mag: Es bezeichnet «östliche» Kulturen.

Dass es sich tatsächlich um Vorurteile und Klischees handelt, ist leicht zu zeigen. So schliessen diese Einschätzungen meistens eine Gleichsetzung von Individualismus und Egoismus ein. Diese Gleichsetzung ist falsch. Das Gegenteil von Individualismus ist nämlich nicht Altruismus, sondern Kollektivismus. Besonders wichtig ist dabei, dass Gruppen – oder Kollektive – genauso egoistisch, ja, egoistischer sein können als Individuen, man denke an Familien, Fussballclubs oder gar Staaten. Wer also den Individualismus angreift, weil er die Selbstsucht anprangern will, verfehlt im Grunde von vornherein sein Ziel. Um es der Klarheit willen noch einmal anders zu sagen: Individualismus impliziert keinesfalls Egoismus. Sofern es um Moralität geht, gilt für Individualismus und Kollektivismus dasselbe. Das heisst insbesondere: Auch nach «westlichster» («individualistischer») Ansicht kann jemand, der sich moralisch verhält, gar nicht egoistisch handeln. Was die philosophische Fassung dieser Einsicht anbelangt, so hat Kant ihr unmissverständlichen Ausdruck gegeben. Danach besteht moralisch relevante individuelle Freiheit in der moralischen Autonomie: in der Entscheidung, ausschliesslich dem (selbst gegebenen) universalen moralischen Gesetz zu folgen, sich, wie Kant es formuliert, freiwillig diesem Gesetz zu unterwerfen. Wer dies tut, trägt damit automatisch den gültigen Interessen anderer Rechnung.

Der Ausdruck «Konfuzianismus» bezeichnet zudem eine grosse Zahl unterschiedlicher Lehren, Schulen und Strö-

mungen, die sich zum Teil fundamental widersprechen. Schon von daher ist es fragwürdig, von «dem Konfuzianismus» und einem einheitlichen konfuzianischen Menschenbild zu reden. Es sind mindestens zu unterscheiden: philosophischer Konfuzianismus, Staatskonfuzianismus und volkstümlicher Konfuzianismus. Dabei zerfällt der philosophische Konfuzianismus erneut in mehrere, mitunter gegensätzliche Lehren. Insbesondere ist zwischen klassischem Konfuzianismus, Neokonfuzianismus und modernem Konfuzianismus zu differenzieren.

Die Suche nach der idealen Persönlichkeit

Soweit es um Ethik und Menschenrechte geht, sind klassischer Konfuzianismus und Staatskonfuzianismus besonders interessant. Denn sie bilden zwei Extreme. Während der klassische Konfuzianismus alle Ansätze zu einer universalen, menschenrechtsgerechten Ethik einschliesst, ist der Staatskonfuzianismus vor allem Ideologie im Interesse der Herrschenden und Mächtigen. Schon der Name «Staatskonfuzianismus» ist dabei irreführend. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Mischung aus Legalismus, Daoismus, Yin-Yang-Doktrinen und schlichter Herrschaftsideologie, in dem klassisch-konfuzianische Lehren bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. So ist es denn in der chinesischen Geschichte auch üblich geworden, diese Form als nur «äusserlich konfuzianisch, innerlich [aber] legalistisch

[wai ru nei fa] – im Sinne von herrschafts-ideologisch – zu bezeichnen. Wie ich deutlicher machen werde, ist es der Staatskonfuzianismus, auf den sich Vertreter Singapurs und in jüngster Zeit auch der Volksrepublik China berufen, wenn sie von «dem Konfuzianismus» oder «der konfuzianischen Kultur» sprechen und kritisieren, was sie für «westlichen Individualismus» halten.

Der klassische Konfuzianismus entstand in rationaler, argumentativ-kritischer Auseinandersetzung mit anderen Philosophien und insbesondere Ethiken, wie sie zwischen etwa 500 und 250 vor Christus im damaligen «chinesischen» Raum gängig waren. Er wandte sich z.B. gegen Kulturreindlichkeit, Askese, hedonistischen Egoismus, nutzlose Haarspaltereи im ethischen Diskurs und gegen legalistischen Rigorismus, d.h. gegen ein rücksichtsloses, ja inhumanes Diktat von Gesetzen im Dienste des Herrschers. Seine Überzeugungen sind vor allem in drei Texten formuliert, und zwar in den Gesprächen des *Konfuzius* (551–479) und den zwei Büchern, die nach den Philosophen *Menzius* (4. Jh. v. Chr.) und *Xunzi* (3. Jh. v. Chr.) benannt sind.

Es kann nun – entgegen auch in Fachkreisen verbreiteter Auffassung – keine Rede davon sein, dass diese Texte Gruppendenken oder Kollektivismus über Individualismus im Sinne moralischer Autonomie stellten. Im Gegenteil. Das *Xunzi* sagt ausdrücklich, dass die ideale Persönlichkeit (*junzi*) im Zweifelsfalle dem *dao* – dem universalen moralischen Gesetz –, und nicht dem Vater oder Herrscher folge. Danach rangieren also weder Familie noch Staat über dem allgemeinen moralischen Gesetz. Und Entsprechendes wie für Vater oder Herrscher gilt nach dem *Xunzi* für Verwandte, Freunde und Mächtigere oder Übergeordnete. Auch Gedanken an Ruhm, Reichtum und Macht oder Angst vor Armut und öffentlicher Bedeutungslosigkeit sollten die ideale Persönlichkeit nicht davon abhalten, das moralische Gesetz als letztlich entscheidendes Handlungsprinzip zu betrachten. Verwandte, Freunde und Übergeordnete, die unmoralisch handeln, sind zu kritisieren. Notfalls kann sogar Tyrannenmord zur Pflicht werden. Dass nachhaltig Kritik unmenschlichen Handels gefordert wird, zeigt im Übrigen auch für sich genommen, dass nicht Loyalität

oder Liebe zu bestimmten Personen, sondern Moralität das wichtigste Kriterium des eigenen Verhaltens sein sollte. Da ebenso nachdrücklich Offenheit für moralische Kritik und die Bereitschaft, berechtigter Kritik zu folgen, verlangt werden, und dies gerade von den Mächtigsten, wird ein weiteres Mal deutlich, dass sich wirklich jeder am moralischen Gesetz orientieren sollte.

In den Schul-Curricula der VR China sind Erziehung zur Liebe zum Staat und zur Orientierung am «Kollektiv» festgeschrieben, und diese Festschreibung wird zu Recht als (auch) traditionell eingestuft.

Entschieden anders sieht die Ethik des Staatskonfuzianismus aus. Er entstand in der *Han*-Zeit (206 v. Chr. – 200 n. Chr.) und wurde schon sehr früh von chinesischen Kaisern selbst als Mischung aus Gewaltherrschaft und Herrschaft gemäss dem Prinzip der Menschlichkeit bezeichnet. Wenn auch unter anderem Namen und in verschiedenen Varianten, ist der Staatskonfuzianismus (mit vergleichsweise kurzen Unterbrechungen) bis heute die dominante Staats-, Gesellschafts- und Herrschaftsform geblieben. Das gilt im Sinne «real existierender» Formen, und es gilt auch für die Zeit des Maoismus. Statt kritischer kindlicher Pietät und kritischer Loyalität wird *de facto* unbedingter Gehorsam verlangt. Statt moralischer Autonomie wird Orientierung am Gemeinwohl, dem Staat, d.h. genau besehen, am Interesse der Herrschenden gefordert. In den Schul-Curricula der VR China sind Erziehung zur Liebe zum Staat und zur Orientierung am «Kollektiv» festgeschrieben, und diese Festschreibung wird zu Recht als (auch) traditionell eingestuft. Die Verquickung von Staat, Partei und Parteiführung ist geeignetes ideologisches Mittel, Staatskult und Personenkult zusammenfliessen zu lassen und so wechselseitig zu stärken.

Moralität und Menschenwürde

Gegen diese Darstellung scheinen einige gängige kulturrelativistische Einwände und Bedenken zu sprechen.

Der erste Einwand lässt sich folgendermassen wiedergeben:

Das klassisch-konfuzianische Konzept moralischer Autonomie ist ein zu rigoroses und zu enges Konzept individueller Freiheit. Im Kontext klassisch-konfuzianischer Ethik impliziere es, dass die Legitimität menschlichen Verhaltens (allein) nach der Moralität dieses Verhaltens bemessen werde.

Dies wiederum habe zur Folge, dass Menschen, die gegen Gebote der Humanität verstossen, entsprechend «hart» behandelt würden. Diese Interpretation des klassischen Konfuzianismus wird sowohl von einigen amerikanischen wie auch einigen chinesischen Sinologen vertreten. Sie ist jedoch nicht stichhaltig. Der klassisch-konfuzianische Begriff des moralischen Prinzips (*ren, ren dao*) ist nämlich kein rein ethisches Konzept. Vielmehr ist er Begriff einer Menschlichkeit (*ren*), die auch durch Kenntnisreichtum und ästhetische – allgemeiner, gefühlsmässige – Sensibilität gekennzeichnet ist. Er erlaubt es durchaus, «individuelle» Unterhaltung zu suchen. Traditionellerweise schloss das für den Mann sogar Polygamie und etwa die Einladung von Freudenmädchen ein. Zugestanden sei jedoch, dass andere Formen der Unterhaltung weit höher eingeschätzt wurden. Das gilt insbesondere für die Lektüre und den Austausch von Gedichten und für den Genuss schöner Musik.

Ausserdem wenden sich die klassisch-konfuzianischen Texte gegen strenge Vergeltung. Sie gehen davon aus, dass prinzipiell jeder Mensch – der Verbrecher eingeschlossen – lernfähig ist und plädieren dafür, Fehlverhalten in erster Linie mit Belehrung, Erziehung, Wohlwollen und Grosszügigkeit zu begegnen.

Oft wird dieser Einwand freilich in schärferer Form gefasst. Er lautet dann, dass der Konfuzianismus kein Konzept unantastbarer menschlicher Würde kenne oder nur dem Würde zuspreche, der sie sich durch sein Verhalten erarbeitet habe. Wem die(se) Würde fehle, der habe auch keinen Anspruch auf eine ihr gemässe «Behandlung».

Dem Argument ist entgegenzuhalten, dass insbesondere das Buch Menzius durchaus ein Konzept unveräußerlicher Würde formuliert. Danach «besitzt jeder einzelne Mensch eine Würde in sich selbst». Sie besteht in der Möglichkeit, menschlich, human (*ren*) zu handeln. Wenn diese Würde damit auch als Potenzial gefasst und nur als Potenzial unveräußerlich ist, so geht sie selbst einem Mörder nicht verloren. Das Menzius räumt ein, dass viele Menschen hinter der Möglichkeit, ihre Würde zu realisieren, zurückbleiben. Wichtig ist freilich, dass es das Potenzial und nicht dessen Aktualisierung ist, die dem Menzius zufolge die «*wahre Natur*»

.....
*Der Begriff
einer unantast-
baren Würde
ist in mehrerer
Hinsicht frag-
würdig.*
.....

(das «*Wesen*») des Menschen ausmacht. Auch wer es mit Verbrechern zu tun hat, so zumindest die implizite Schlussfolgerung, sollte diese «*wahre Natur*» nicht aus dem Blick verlieren und in seinen Sanktionen berücksichtigen.

Im Kontext der Menschenrechtsdiskussion ist freilich noch ein anderer Punkt wichtig, auf den die Auseinandersetzung mit dem Menzianischen Begriff der Menschenwürde führt. Der Begriff einer unantastbaren Würde ist nämlich in mehrerer Hinsicht fragwürdig. Er lässt sich nicht leicht in allgemeingültiger und überzeugender Form begründen.

Der naturrechtliche Ansatz führt nicht zum Ziel, weil er einen Fehlschluss vom Sein aufs Sollen impliziert. Aus der Tatsache, dass die Menschen sind, wie sie sind, und besitzen, was sie besitzen, lässt sich nicht schlussen, dass sie so sein sollten und dass sie besitzen sollten, was sie besitzen.

Religiöse und theologische Begründungsversuche sind nicht verallgemeinerungsfähig und für viele zudem nicht überzeugend. Dabei erscheint es ohnehin fragwürdig, ob es so etwas wie eine dem

Portrait des Konfuzius;
Herkunft unbekannt



isolierten Einzelnen angeborene Würde überhaupt geben kann. (Schliesslich ist Würde keinem Arm vergleichbar und eher Funktion zwischenmenschlicher Beziehung als eine Eigenschaft.) Erfahrung zeigt überdies, dass es so gut wie unmöglich sein dürfte, die notwendige gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten, ohne die Würde einzelner Menschen zu verletzen. Manche juristischen Sanktionen werden sich faktisch nie ohne solche Verletzungen durchführen lassen und nichtsdestoweniger unumgänglich bleiben.

So dürfte als einzige verallgemeinerungsfähige und überzeugende (sowie auch prinzipiell akzeptable) Rechtfertigung des Prinzips der Unantastbarkeit menschlicher Würde das Argument übrigbleiben, dass eine (quasi-)rechtliche Institutionalisierung dieses Prinzips in Form einer konventionellen Übereinkunft das beste Mittel bilde, den Einzelnen vor Erniedrigung, Folter und ähnlichen Grausamkeiten zu schützen, und dass ein solcher Schutz unentbehrlich sei. Dabei wäre man sich bewusst, dass diese Institution faktisch als eine Art regulative Idee fungieren müsste.

Solch eine Auffassung wäre durchaus mit dem klassischen Konfuzianismus vereinbar, und zwar insbesondere deshalb, weil ihm zufolge der Wert einer Tradition von der Humanität dieser Tradition abhängt und nicht umgekehrt. Danach ist eine Tradition zu revidieren, wenn dies einen Zugewinn an Humanität mit sich bringt.

Den Staat lieben

Ein zweiter Einwand mag zu bedenken geben, dass Staatlichkeit eine faktisch notwendige Bedingung des Menschenrechtschutzes sei. In der Tat sind Greuelstaten vor allem da besonders häufig, wo so gut wie jede staatliche Ordnung fehlt. So sei es durchaus gerechtfertigt, wenn von Staatsbürgern gefordert werde, ihrem Staat Dankbarkeit, ja, Zuneigung entgegen zu bringen. Aber so treffend die Prämissen sind, so unhaltbar ist die Schlussfolgerung. Insbesondere sind Staaten kein legitimer Gegenstand menschlicher Liebe. Das sind nur Mitmenschen.

Ich hatte im Juni 1998 in Beijing Gelegenheit, zwei Stunden lang mit *Li Bing*, einem der Vizeminister des chinesischen

.....

Der Staat gilt aus offizieller Sicht als der Garant friedlichen und befriedigenden und schliesslich auch menschenrechtsgerechten Zusammenlebens überhaupt.

.....

Ministeriums für Information, über Menschenrechte zu sprechen. Dabei wurde erneut deutlich, welche Wichtigkeit die offizielle chinesische Politik der Aufgabe beimisst, jeden Bürger zur «*Liebe zum Staat*» zu erziehen. Der Staat gilt aus offizieller Sicht als der Garant friedlichen und befriedigenden und schliesslich auch menschenrechtsgerechten Zusammenlebens überhaupt. Ich illustrierte damals meine Gegenposition durch eine von mir als exemplarisch begriffene Anekdoten. Der ehemalige deutsche Bundespräsident *Heinemann* wurde nämlich einmal gefragt «*Lieben Sie Deutschland?*» und antwortete «*Nein, ich liebe nur meine Frau.*» Die Anekdote rief bei den chinesischen Gesprächspartnern Gelächter hervor. Nicht nur und vor allem, weil sie verstanden hatten, was ich sagen wollte, sondern eher noch, weil sie es – ihren Konventionen entsprechend – als komisch empfanden, dass jemand öffentlich ein Liebesbekennnis zu seiner Frau ablegte. Das Gespräch, das sich in der Diskussion um die Anekdote entwickelte, machte deutlich, was freilich auch kein Geheimnis ist: Nach offiziell chinesischem Wortlaut sind Menschenrechte wie der Anspruch auf menschenwürdige Behandlung, das Recht auf Leben und menschliche Freiheit allgemeingültig. Der Streit geht um die Hierarchie und die Verwirklichung der Rechte. So schränkt die VR China das Recht auf Freiheit gesetzlich wie faktisch durch eine weitgehende juristische Verpflichtung zur Staatstreue ein, die wie skizziert gerechtfertigt wird. Dabei werden weitere Faktoren – wie die Relevanz einer stabilen gesellschaftlichen Ordnung und einer Befriedigung der Grundbedürfnisse, die erst über zukünftige Entwicklung zu erreichen sei – ins Spiel gebracht. Im gegebenen Zusammenhang entscheidend bleibt jedoch das Fazit, dass kein spezifisches Kulturverständnis und insbesondere kein konfuzianisches Kulturverständnis in Betracht zu ziehen ist, um solche Auffassungen zu erklären und zu verstehen. Und schliesslich gilt erneut: Veränderungen sind durchaus mit dem klassischen Konfuzianismus vereinbar.

Tyrannenschicksal

Ein dritter einflussreicher Einwand besagt: Die Geschichte des Staatskonfuzianismus

dokumentiere, dass sich die humane klassisch-konfuzianische Ethik nicht durchsetzen konnte. Und dies zeige, dass diese Ethik «der chinesischen Kultur» weniger gemäss sei als – etwa – eine kollektivistische Moral. Eine solche Einschätzung basiert jedoch nicht nur auf einem unhaltbaren Kulturessenzialismus (oder gar Rassismus), sondern ist überdies historisch irrig. Kulturen sind keine gleichsam organischen Wesen, die sich ähnlich einer Pflanze gemäss einem von vornherein gegebenen genetischen Gesetz entwickeln und gar entwickeln müssten, sondern Menschenwerk, das menschlicher Veränderung – *social engeneering* – zugänglich ist. Sie sind zu fast jeder Zeit das Resultat vorhergegangener, oft gar gewaltsamer Auseinandersetzung und schliessen eine Reihe gegensätzlicher Faktoren ein. Mittlerweile ist bekannt und bewusst geworden, wie spät und gegen welch' grosse Widerstände die Menschenrechte in Europa Geltung erlangten. Wie wir wissen, sind sie selbst heute noch kein selbstverständliches Gut. Es kann somit keine Rede davon sein, dass chinesische Kulturen «ihrem Wesen nach» dadurch charakterisiert seien, den Kollektivismus über den Individualismus zu setzen. Wie gesehen, tat dies der klassische Konfuzianismus ja auch gar nicht. Aber auch die Behauptung weitgehender Wirkungslosigkeit der klassisch-konfuzianischen Ethik ist unhaltbar. Sie blieb vor allem in bestimmten philosophischen Schriften und, mehr noch, in den unstrittig besten und heute noch meistgelesenen chinesischen Romanen lebendig.

So enthält ein Ming-zeitlicher (1368–1644) Roman, der das Schicksal des Tyrannen Zhou (aus dem 11. Jh. v. Chr.) darstellt, folgende Passagen:

«Grosstutor Wen [der Lehrer und einflussreichste Ratgeber Zhous] war äusserst erregt [und sprach zu König Zhou] ›Warum herrscht im Staat Unordnung? Warum rebelliert der Adel? Du hast deine Pflichten ihnen gegenüber verletzt! Du regierst ohne Menschlichkeit und hörst nicht auf sie. Du machst dich mit den Speichelleckern gemein und hältst dich von den Loyalen fern. Du ergibst dich Tag und Nacht Alkohol und Weibern. Du lässt die Menschen unter riesigen Bauvorhaben leiden. Du selbst bist die Ursache der Rebellion!‹

[...]

Die VR China
schränkt das
Recht auf Freiheit
gesetzlich wie
faktisch durch
eine weitgehende
juristische
Verpflichtung zur
Staatstreue ein.

›Ich möchte Ihrer Majestät ein Memorandum vorlegen.› Grosstutor Wen trat vor. König Zhou legte es vor sich auf den Tisch und las es sorgfältig. Es verzeichnete seine Fehler und enthielt zehn Vorschläge:

1. Vernichte die Glücksterrasse [einen Ort luxuriöser Ausschweifungen des Königs], um das Volk friedlich zu stimmen.

2. Zerstöre die brennenden Säulen [Foltervorrichtungen], um die Minister zu ermutigen.

3. Fülle die Schlangengrube [ein Ort grausamer Hinrichtungen] auf, um den Palast von seinen Übeln zu befreien.

[...]

6. Lass Fei Zhong und You Hun köpfen, um Schmeichler abzuschrecken.

7. Öffne die Getreidespeicher, um die Armen und vom Hungertod Bedrohten zu retten.

[...]

10. Fördere die Redefreiheit, gib jedem Gelegenheit, seine Meinungen öffentlich und ohne Furcht zu äussern.

[...]

[Grosstutor Wen] reichte den Becher Huang Feihu: ›[...]. [Während ich unterwegs bin], überlasse ich dir die Staatsangelegenheiten. Ich bitte dich, über alles Unrechte frei zu reden. Seinen Mund geschlossen zu halten, ist nicht der Weg eines loyalen Ministers.‹ Am Ende wird König Zhou in den eigenen Tod getrieben. Dabei werden ihm zehn schwere Vergehen vorgeworfen:

›Du warst kein Herrscher, wie er sein soll. Wie kannst du erwarten, dass wir dir als König huldigen! [...]

Loyale hohe Minister sind der Stumpf und die starken Zweige eines Staates [...], aber du hast sie an den roten brennenden Säulen grausam hingemordet. [...] Das ist dein viertes schweres Vergehen. [...]

Natürliche Reserven und Staatsgüter sind stets begrenzt. Sie sollten nicht verschwendet werden. Aber du bestandest darauf, hohe Türme, Terrassen, einen Weinteich und einen Fleischwald zu bauen. Der Staatsschatz und die Besitztümer des Volkes sind geplündert. [...] Das ist dein siebentes schweres Vergehen. [...] Und schliesslich ertönt der Ruf: «Dieser Tyrann muss sterben». (Und dann noch einmal eine zusammenfassende Begründung:)

›Er ist ein Tyrann und von Himmel und Erde verlassen. Jeder hat das Recht, ihn zu verfluchen und anzugreifen. Wie können

wir dem Willen des Himmels nicht gehorchen?»

Vorausgesetzt also, dass der klassische Konfuzianismus

(1) durchaus mit der Idee der universellen Gültigkeit der Menschenrechte – und insbesondere den Prinzipien der Respektierung menschlicher Würde, des Rechts auf Leben und des Rechts auf individuelle Freiheit – vereinbar ist, ja

(2) selbst Ansätze, wenn nicht gar eigene Formulierungen dieser Konzepte einschliesst,

(3) bis in die Gegenwart hinein auf die eine oder andere Weise lebendig und wirksam geblieben ist und

(4) schliesslich aufgrund seiner eigenen Fundamente die Revision von Lehren und Praktiken verlangt, denen es an gebotener und realisierbarer Menschlichkeit mangelt, dann drängt sich der vierte Einwand geradezu auf. Er lässt sich als die Frage fassen, warum die Menschenrechte «im konfuzianischen Kulturkreis» – soll heissen, in chinesischen Kulturräumen – nicht mehr Geltung besitzen, als sie haben.

Ich kann die Gründe nur andeuten. Zunächst sollte man sich bewusst machen, dass überall Menschenrechte verletzt werden. Prinzipiell betrachtet ist ihre Verletzung im chinesischen Raum nur ein Beispiel unter vielen. Die Hauptursachen solcher Verletzungen sind:

- die Versuchung der Macht,
- die notorische Ohnmacht des Arguments (die Menschen geben selbst dem stichhaltigsten Argument nicht gern nach, wenn es ihren Neigungen zuwider läuft),
- angeborene menschliche Aggression,
- die angeborene Disposition zu einer auf enge raum-zeitliche Einheiten und nahe, konkrete Gegenüber eingeschränkten Moralität,
- angeborene Bequemlichkeit und eine natürliche Neigung, beim Gewohnten zu bleiben,
- ideologische Indoktrination (insbesondere in totalitären Systemen),

Zu diesem Thema sind von Gregor Paul weitere Bücher erschienen:

- Die Aktualität der klassischen chinesischen Philosophie, iudicium, München 1987
- Aspects of Confucianism, Lang, Frankfurt/Main, 1990
- Philosophie in Japan, iudicium, München 1993
- Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage (Mitherausgeber und Beiträger), Nomis, Baden-Baden 1997
- Die Menschenrechtsfrage: Diskussion über China – Dialog mit China, Cuvillier, Göttingen 1998
- Konfuzius, Meister der Spiritualität, Herder, Freiburg/Basel/Wien 2001.

Das Risiko, sich selbst – die Partei, den hohen Funktionär – einem Gesetzesautomatismus zu unterwerfen, der die eigene Macht erheblich einschränkt, erscheint offenbar zu gross.

- Angst (wie sie vor allem totalitäre Systeme einflössen können),
- die Unklarheit ethischer (vor allem metaphysischer und religiöser) Doktrinen, die nicht nur Missbrauch erlaubt, sondern – logisch gesehen – oft geradezu impliziert, und – wohl der wichtigste Punkt –
- ein Mangel an rechtlichen und quasi-rechtlichen Institutionen, die die Menschenrechte unbeschadet aller Hindernisse zur Geltung bringen können.

Dieser Mangel an «Verrechtlichung» ist vielleicht die wichtigste Ursache für viele Menschenrechtsverletzungen in der VR China – Verletzungen, die, es sei noch einmal gesagt, von der offiziellen Politik nicht gebilligt werden. Aber das Risiko, sich selbst – die Partei, den hohen Funktionär – einem Gesetzesautomatismus zu unterwerfen, der die eigene Macht erheblich einschränkt, erscheint offenbar zu gross. Man mache sich bewusst, dass die aufgelisteten Ursachen keine kulturellen Spezifika sind; d.h., selbst die unmenschlichste Kultur kann aufgrund einer Reihe von universellen Determinanten erklärt und verstanden werden.

Die Frage, wie denn die Bedingungen zu schaffen seien, die dazu zwingen, Auseinandersetzungen auf argumentative Weise zu entscheiden und stichhaltige Argumente zu akzeptieren, erweist sich damit auch als eine Schlüsselfrage für die «Menschenrechtspolitik». ♦

Xia Yeliang

The author has a Ph.D. from Beijing University and is active as a post-doctoral research. Fellow at the China Center for Economic Research, Beijing University Beijing 100871, P.R.China, Tel.: 00 86 10-62755594 62753109; Fax: 62751474; E-mail: pkuxyl@hotmail.com; xiayel@yahoo.com

TOWARD GLOBALIZATION: CHINA'S RESPONSE AND STRATEGY

Top leaders as well as ordinary people in China regard the WTO accession as the second most important change in China's economic policy regime, following Deng Xiaoping's reform and opening-door policy in the late 1970s. This change will have undoubtedly profound impacts on the future course of China's economic development.

With endless arduous efforts to approach accession to the WTO, which is somehow considered as the first momentous step toward globalization, it is most likely that China will be admitted to the WTO by the end of this year or early next year.

There are many discussions among academic and policy circles in China regarding the possible impacts of WTO accession on the Chinese economy. Some are very positive about the accession. They believe that any drawback will be overwhelmed by the efficiency gains, injecting new growth impetus into China's reform and economic development. According to them, China will enter an entirely new development stage.

However, some other people are worried that China's weak economic base, due to the unfinished transition from a planned to a market economy, would not be able to sustain the tremendous external shocks brought by entry to the WTO. They argue that the WTO accession will do more harm than good to the Chinese economy.

Professor *Justin Yifu Lin*, the founding director of the China Center for Economic Research, Peking University, stated that before the expiration of the grace periods in the bilateral agreements, most sectors in the Chinese economy would still be protected. However, in anticipation of the opening up of China's domestic markets to foreign firms after the expiration of a grace period, foreign direct investments from multinational companies will increase substantially immediately after the accession.

Therefore, the accession should bring an immediate boost to investments and a

spurt to economic growth in the Chinese economy in the immediate short term. In the long run, membership of the WTO will undoubtedly enable the Chinese economy to enjoy closer integration with the world economy, facilitating a better access to foreign technology, capital and world markets. Therefore, the accession will be beneficial to China's overall economic growth in the long run.

The real challenge to the Chinese economy will be in the medium term after the expiration of the grace period and before the completion of the Chinese economy's adjustments to the long-term equilibrium. The medium-term challenges will certainly be different from one sector to another, depending on the gains and adjustments that the sector needs to make.

Of implications to China's accession to the WTO for domestic sectors, an impact on China's agricultural sector is of particular importance as it links to sensitive issues such as rural income, food security, etc.; as a result, the significance of the debate on the issue of agriculture in China's GDP or its external trade. Evidence from data on international trade flow suggests that imports of the land-intensive bulk agricultural products such as grain, oil-bearing products, are likely grow as a result of the WTO accession, whereas net exports of labor-intensive products such as aquatic products, vegetables and fruits may further expand.

Some Strategic Approaches

To appropriately manage the process of agricultural liberalization, it is initially important to implement the policy of do-

The integral version of this article with complementary tables and references can be ordered at the editor's office of "Schweizer Monatsschfte".



Ansicht der Stadt Canton. Scherenschnitt aus den Achtzigerjahren.
© Hans Ruedi Müller,
Zürich

The real challenge to the Chinese economy will be in the medium term after the expiration of the grace period and before the completion of the Chinese economy's adjustments to long-term equilibrium.

mestic agricultural structural adjustment on the basis of market mechanism. The Government needs to minimize its excessive administrative intervention in the agricultural sectors, which are quite often proposed and implemented on the basis of food security argument in line with the domestic regional relative costs necessary for the Chinese agricultural system to better respond to the potential export opportunities for the agricultural products in which China enjoys a comparative advantage.

On the other hand, a lot of things need to be done to improve information systems, quality-control procedures as well as marketing skills for the Chinese farmers and firms producing agriculturally processed products in order to fully benefit

from the potential opportunities of international trade.

Second, the negative effects of the possible import surge for agricultural products needs to be taken seriously. Particular attention should be paid to the inland and western provinces and regions which either benefit little from the accession to the WTO or are relatively separate from the outside market, which may result in an even larger gap between the regions and coastal provinces than that existing now. To help these regions more effectively, the Chinese government at the central level and provincial level may need, among other things, to take more responsibility in financing rural obligatory education rather than providing direct subsidies to agricultural productive activities.

Some facts on imports and exports

Table 1: China's Trade with the World (\$ billion), 1990–1999

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Accumulated
Exports	62.1	71.9	84.9	91.7	121.0	148.8	151.1	182.7	183.8	194.9	1292.9
Imports	53.3	63.8	80.6	104.0	115.6	132.1	138.8	142.4	140.2	165.7	1136.5
Balance	8.8	8.1	4.3	-12.3	5.4	16.7	12.3	40.3	43.6	29.2	156.4
Total	115.4	135.7	165.5	195.7	236.6	280.9	289.9	325.1	324.0	360.6	2429.4

Source: PRC General Administration of Customs, China's Customs Statistics, July 2000.

Since Minister *Shi Guangsheng* of the Chinese Ministry of Foreign Trade and US trade representative *Charline Barshefski* signed the China-US WTO accord on November 15, 1999, China's accession to the WTO seems a realistic likelihood. Many studies on the impacts or implications of China's WTO membership have been conducted. This fact alone is a clear indication of the importance of the issue.

As most of the studies point out, trade liberalization in China will increase both the imports and exports of China. Since the sectors being liberalized the most are the ones in which developed countries have comparative advantages, imports from developed country will grow most rapidly. China's WTO membership will significantly increase trade between China and developed countries.

The expansion of trade and FDI from developed countries will, in turn, change the industrial structure of the Chinese economy. Resources will move away from land-intensive agriculture, resource-intensive manufacturing, and some capital/technological industries, to labor-intensive products or the sectors that have potential comparative advantage and market sizes.

More significantly, China's WTO membership may help the Chinese government to break through political, economic, and ideological deadlocks and set up the ultimate goal and road map of the economic transition. Pressures from internal and external economies may push China to complete the last and most difficult stage

References:

- World Bank, China Engaged: Integration with the Global Economy (China 2020), World Bank, Washington D.C., 1997.
- The World Trade Organization, Annual Report 2000, 2000.
- Justin Yifu Lin, China's Accession to WTO: Impacts on Agricultural and Financial Sectors, CCER working paper E2000009 / November 2000.
- Wen Hai, China' WTO Membership: Significance and Implications, CCER working paper, E2000007 / September 2000.
- Hans-R. Hemmer / Ralf Kreuger & Holger Marienburg, Trends and Implications of Globalisation. Jakarta, March 7, 2001.
- Lu Feng, Regional Pattern of the Impact from China's WTO Accession on Its Agricultural Sector, IDE-JETRO International Symposium, January 2001.
- Hans-Rimbert Hemmer et al., Developing Countries – Victims or beneficiary of globalisation? Conference paper.

of reform: ownership reform. Through adjustment and reforms, the Chinese economic system may well converge with the system that all the WTO members have adopted.

China's WTO membership implies that China is not only integrating with the world market but also converting to the world economic system. China is entering a new stage of reform and development. Like the agricultural reform in 1978, China's accession to the WTO will mark another milestone in its modern history. China has successfully achieved high growth under a more open environment. Reforms under the WTO framework will take China to a higher level of economic performance. ♦

.....
China's WTO membership may help the Chinese government to break through political, economic, and ideological deadlocks.
.....

*Du reichst mit der Hand die Pflaumen mir,
Vergelte dir dafür denn ein Saphir;
Doch nicht vergelt er's, nein,
Stets dein dafür soll meine Liebe sein.*

*Aus einem über 2500 Jahre alten Gedicht aus dem klassischen konfuzianischen «Buch der Lieder», der ältesten Gedichtsammlung Chinas.
Zit. in: Harro von Senger, Strategeme, Band I, S. 408.*

Urs W. Schötli ist
1948 in Basel geboren.
Philosophiestudium in
Basel. Von 1978 bis
1982 Generalsekretär
und von 1983 bis 1994
Geschäftsführender
Vizepräsident der Libe-
ralen Internationalen.
1983 bis 1990 Süd-
asienkorrespondent der
«Neuen Zürcher Zeitung»
in Delhi. 1990 bis 1995
Berater der Friedrich-
Naumann-Stiftung in
Spanien und Portugal.
1995–1999 Korres-
pondent der «Neuen
Zürcher Zeitung» in
Hongkong, ab 1999 in
Japan.

WARUM ES IN ASIEN KEINEN ADAM SMITH GAB

Erich Weedes Beobachtungen zur Evolution der Marktwirtschaft in Asien

Über den grössten Teil der menschlichen Zivilisationsgeschichte hinweg war Europa aus der Sicht der mächtigen Reiche und grossen Kulturen Asiens nichts anderes als ein entlegener und unterentwickelter Ableger der riesigen asiatischen Landmasse. Erst in den letzten drei Jahrhunderten begann sich das Schicksal zu wandeln. Während der Okzident sich auf die Höhen der industriellen und technologischen Revolution emporschwang, wurde der Orient zum Inbegriff von Zerfall und Dekadenz. Vieles, auch schieres Glück, hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Wesentliche Impulse gingen aber von der Wirtschaftsordnung aus.

Der moderne Mensch lebt mit und von Schlagworten. In den Siebzigerjahren waren es die «Dritte Welt», der «Brandt Bericht» und der «Club of Rome». Heute sind es die «Globalisierung», das «Weltwirtschaftsforum» und die «Informationstechnologie». Eines ist jedoch so sicher wie das Amen in der Kirche: In wenigen Jahren werden auch die heutigen Schlagworte so veraltet wirken wie heute jene der Siebzigerjahre. Zu den wichtigsten Aufgaben des Zeitkritikers gehört es, seine Zeitgenossen mit geduldiger Hartnäckigkeit davor zu warnen, im Überschwang der Moden und Trends Entscheide zu treffen, die langfristige Schäden zur Folge haben können. Man denke etwa daran, wie der kalte Krieg ausgegangen wäre, wenn in den europäischen Mitgliedsstaaten der Nato die «Tiermondisten» die Oberhand gewonnen hätten, und Italien, Frankreich oder Deutschland nach jugoslawischem oder finnischem Beispiel «blockfrei» geworden wären.

Heute stehen wir in der Globalisierungs- und IT-Debatte vor einer ähnlichen Herkulesaufgabe, den Sinn vom Unsinn zu trennen. Die Bemerkung, dass dank der Globalisierung alles anders sei als früher, darf in keinem Referat eines trendbewussten Managers, Bankiers oder Politikers fehlen. Aufschlussreich wäre es, in die Köpfe hineinzuschauen und zu sehen, was denn nun so alles unter dem Begriff «Globalisierung» verstanden wird. In den meisten Fällen dürfte sich dabei herausstellen, wie oberflächlich die Kenntnis der Welt bei den Globalisierungsprotagonisten wirklich ist. Im Wesentlichen weiss man, dass heute die Flughäfen, Fünfsternehotels und

Shopping Malls von Toronto bis Peking, von Jakarta bis Hamburg gleich aussehen. Doch wie weit und wie tief die sogenannte «Globalisierung» in die verschiedensten Ecken und Enden der Welt vorgedrungen ist, hängt nicht von Beton und Stahl, sondern von den Köpfen und Herzen der betroffenen Menschen ab. Hier liegen denn auch noch Welten zwischen dem, was in den Büroetagen der Anlageberater und Management Consultants so ausgedacht wird, und dem, was sich vor Ort abspielt.

Die immense Vielfalt der asiatischen Kulturen

Vor diesem Hintergrund kommt das Buch «Asien und der Westen» von Erich Weede sehr gelegen. Der Text ist überaus dicht und intellektuell sehr anspruchsvoll, sollte aber für jeden, der sich beruflich, wissenschaftlich oder schlicht aus Passion mit Asien befasst, zur grundlegenden Lektüre gehören. Wer Asien bereist hat, weiss, dass die erfolgreichsten Exponenten und Vermittler westlicher Kultur die Jesuiten waren. Im indischen Goa hatten sie sozusagen die Kapitale ihres ausgedehnten asiatischen Netzwerkes, das bis zur Christenverfolgung auch in Japan seine Aussenposten hatte. Weit herum bekannt ist, dass der Erfolg der Jesuiten auf ihrer Politik der Akkulturation, der Auseinandersetzung mit den fremden Kulturen und Religionen vor Ort, beruhte. Ebenso wichtig war indessen, dass die Jesuiten auf der Basis einer festen Überzeugung agierten. Im Falle Weedes wird dem Leser schon auf den ersten Seiten des Buches klar, dass er es hier mit einem überzeugten, sattelfesten Prota-

gonisten der Marktwirtschaft zu tun hat. Im weiteren Verlauf der Lektüre kommt die Erkenntnis hinzu, dass der Autor sich intellektuell sehr intensiv mit Asien auseinandergesetzt hat.

Wenn man die Analysen der grossen Banken und Anlagehäuser der Welt durchblättert und sieht, was da über die Jahre hinweg zu den asiatischen Volkswirtschaften produziert wurde, dann bleibt als allgemeiner Eindruck die Hilflosigkeit der «Experten», jenseits von BIP-Ziffern, Aussenhandelsdaten, Verschuldungsquoten

und Inflationsraten etwas inhaltlich Relevantes auszusagen. Weede weiss, dass im Falle Indiens das hinduistische Kastensystem, im Falle Chinas die Prinzipien des Konfuzianismus und im Falle Japans der sicherheitspolitische Hintergrund der *Meiji* Restauration das *sine qua non* für eine umfassende Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit und der Aussichten für die Zukunft sind. Überall, vom Vorderen Orient bis zum fernsten Osten der koreanischen Halbinsel, ist ohne Kenntnis der Ge-



Suzuki Harunobu (1725? –1770). Pflaumenblüten, Farbholzschnitt um 1768. Geschenk Julius Mueller (ehemals Sammlung Heinz Brasch).

Solche Darstellungen, die sinnliche Genüsse und andere Motive aus der Welt des Vergnügens zum Thema hatten, bezeichnete man mit dem Begriff «Bilder einer fliessenden Welt» (*ukiyo-e*). *Ukiyo* bedeutet im Buddhismus die fliesende, vergängliche Welt, die als schmerhaft erfahren wird. Für die lebenshungrigen Bürger jener Zeit, die diesen Begriff mit anderen Schriftzeichen geschrieben positiv umdeuteten, war die «fliesende Welt» *ukiyo* ein Synonym für irdische Freuden, zu denen in hohem Masse auch die erotischen Genüsse gehörten. Der Begriff *ukiyo-e* bezog sich zunächst auf den Inhalt von Malerei, Buchillustration und Farbholzschnitt, im Laufe der Zeit aber wurde er im Stilbegriff, der inhaltlich erweitert jetzt auch die Darstellung der Landschaft und anderer Themen miteinschloss.

schichte, die stets auch die immense Vielfalt der Kulturen und Zivilisationen in den endlosen Weiten Asiens offenkundig werden lässt, eine angemessene Evaluation der Erfolgsaussichten von nationalen Volkswirtschaften nicht möglich. Viele der amerikanischen Ökonomieprofessoren, die im Verlauf der asiatischen Wirtschaftskrise von 1997/98 sich in den asiatischen Konferenzzirkus wie Geier auf ein verletztes Wild stürzten, verschlimmerten mit ihren von jedem Hintergrundwissen ungetrübten Ratschlägen die Situation noch. Man erinnert sich eines amerikanischen Protagonisten von *Currency Board* Systemen, der kurz vor dem Fall von Suhartos Regime, der Superkleptokratie Indonesien, anrief, die Zentralbank durch einen *Currency Board* zu ersetzen. Dass die Familie Suharto, die dabei war, ihre Assets vor einer abstürzenden Rupiah ins Trockene zu retten, Feuer und Flamme für diesen Vorschlag war, erregte bei dem amerikanischen Professor nicht den geringsten Verdacht...

Markt und Macht

Europa hat der Welt in den letzten drei Jahrhunderten die einflussreichsten Protagonisten der Freiheit und der Knechtschaft beschert – *Adam Smith, Karl Marx* und *Adolf Hitler*. Ohne den beispiellosen Mut der freiheitsliebenden Völker der angelsächsischen Welt hätten mit grosser Sicherheit die Ideologien der Inhumanität und Sklaverei die Idee der Freiheit besiegt. Dass die jüngste Geschichte Deutschlands auf alle Ewigkeit das Stigma der schlimmsten Barbarei in sich trägt, darf nie und nimmer vergessen werden. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass die grossen liberalen Ökonomen aus dem deutschen Kulturkreis dem Thema der Macht besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Erich Weede steht mit seinem jüngsten Buch in dieser Tradition. Die Entwicklung der Marktwirtschaft sieht Weede eng verknüpft mit Machtausübung und Machtkontrolle in der organisierten menschlichen Gemeinschaft. «*Während verfassungstaatliche Entwicklungen und die Einschränkung obrigkeitlicher Willkür zeitlich vor der Durchsetzung von Kapitalismus und Marktwirtschaft anzusetzen sind, muss die Demokratie zeitlich danach eingeordnet*

.....
*Ohne Kenntnis
der Geschichte,
die stets auch
die immense Viel-
falt der Kulturen
und Zivilisationen
in den endlosen
Weiten Asiens
offenkundig
werden lässt, ist
eine angemes-
sene Evaluation
der Erfolgs-
aussichten von
nationalen Volks-
wirtschaften
nicht möglich.*
.....

werden.» Logisch folgt daraus, dass Weede «in der Existenz einer gegenüber der Politik autonomen Wirtschaft eine notwendige Vor- aussetzung für die Existenz von Demokra- tien» sieht.

Ausführlich setzt sich Weede mit der Frage auseinander, weshalb die Marktwirtschaft in Europa und nicht in Asien entwickelt wurde, weshalb mit anderen Worten der Orient keinen *Adam Smith* hervorgebracht hat. Zwei Elemente stechen in dieser sehr geistreichen und sorgfältig dokumentieren Analyse hervor. «*Zuerst städtische Wehrverbände und später die Rivalität der Nationalstaaten haben irrationale innerstaatliche Herrschaftsausübung begrenzt.*» Das Äquivalent zur europäischen Devise «*Stadtluft macht frei*» gab es in den «sultanischen» Riesenreichen und Feudalherrschaften des Orients nicht. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich mit der Massenmigration in die immensen urbanen Ballungszentren Asiens eine ähnliche Entwicklung erkennen lassen. In der Tat macht heute in Schanghai wie in Bombay Stadtluft frei. Die Menschen, die aus dem Hinterland zuwandern, befreien sich nicht nur von bitterer Armut, sondern auch von uralten Abhängigkeiten. Selbst wenn er als Gelegenheitsarbeiter sich auf den Gehsteigen Bombays mehr schlecht als recht durchschlägt, ist ein Mann aus der tiefsten Provinz Westindiens in der Metropole, wo ihn niemand nach der Kastenzugehörigkeit fragt, freier als im heimischen Dorf. Als zweite europäische Besonderheit erwähnt Weede «*die Unterschiede in der Landschaft und damit in den Produktionsmöglichkeiten*», die frühzeitig eine «*interregionale Arbeitsteilung ange- regt*» haben. Für einmal hat sich hier die Kleinräumigkeit Europas, die diesem Kontinent in kriegerischer Hinsicht soviel Unheil beschert hat, als Positivum herausgestellt.

Ein besonders interessanter Aspekt, den Weede im Zusammenhang mit dem Thema «Markt und Macht» herausarbeitet, und der für alle, die für die Anliegen der Marktwirtschaft sich in den Entwicklungsländern nicht allein aus ökonomischen, sondern auch aus sozio-politischen Gründen einsetzen, von grossem Wert ist, betrifft die Bedeutung des Markts für Minderheiten. Wer kann, sofern er die Welt mit offenen Augen und ohne ideolo-

gische Scheuklappen wahrnimmt, nicht Weedes Satz «*von politischen Entscheidungen profitiert nur, wer zur herrschenden Klasse oder Rasse gehört*», mit unzähligen Beispielen aus allen Teilen der Erde, insbesondere aber aus den Schwellen- und Entwicklungsländern belegen! Ein Schlüsselsatz in Weedes Buch lautet denn auch zutreffend: «*Im Tausch auf dem Markt kann jeder profitieren, der irgendeinen Partner findet, der freiwillig mit ihm Vereinbarungen trifft. Gerade Minderheiten sind auf dem Markt immer besser als bei politischen Entscheidungen in der Lage, ihre Interessen zu verfolgen.*»

Vom Islam bis Nippon

Ein sinnvolles Gespräch mit reformbereiten chinesischen Intellektuellen lässt sich in den wenigsten Fällen mit dem Ultimatum westlicher Überheblichkeit beginnen, die da für die Modernisierung des Reichs der Mitte die Einführung einer Mehrparteienlandschaft als *Conditio sine qua non* dekretiert. Viel fruchtbarer ist es, sich auf das Thema von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu konzentrieren. In zahlreichen Auseinandersetzungen mit Chinesen hat man wiederholt Zustimmung gefunden, wenn man den Grundsatz des römischen Rechts «*pacta sunt servanda*» zur Grenzlinie zwischen Barbarei und Zivilisation erklärt hat. Solange es in China keinen Rechtsstaat gibt, ist das Leben für seine Bürger ebenso prekär, wie die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren ungewiss bleiben müssen. Rechtsunsicherheit ist der wichtigste Grund, weshalb arme und rückständige Länder in ihrer Armut und Rückständigkeit verharren. Noch so grosszügige Entwicklungshilfe wird unter solchen Umständen nichts anderes bewirken, als dass die kleptokratischen Eliten noch reicher und die Masse der Armen noch ärmer werden. «*In vielen Ländern der Dritten Welt sind die Eigentumsrechte dank politischer und administrativer Willkür so unklar und so schwer zu etablieren, dass grosse Teile der Bevölkerung in den informellen Sektor und in die Schattenwirtschaft abgedrängt werden.*»

In einem breiten Bogen reicht Weedes Buch von der islamischen Welt bis nach Nippon. Weede ruft die ernüchternde

Solange es in China keinen Rechtsstaat gibt, ist das Leben für seine Bürger ebenso prekär, wie die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren ungewiss bleiben müssen.

Wirklichkeit in Erinnerung, dass zwar «*fast jeder fünfte Bewohner der Erde Muslim*» ist, dass aber die Muslime «*nur knapp sechs Prozent des Welteinkommens kontrollieren*». Man könnte sich in diesem Zusammenhang das Verdikt des Autors, dass als Gesellschaften die islamischen Länder «*nicht besonders erfolgreich*» sind, durchaus etwas schärfster vorstellen. Der Leistungsausweis der islamischen Eliten ist nichts anderes als katastrophal, insbesondere auch wenn man bedenkt, über welch immense natürliche Ressourcen ein guter Teil der islamischen Welt verfügt. Mit der richtigen Feststellung, dass die grössten Hindernisse für die Modernisierung der islamischen Gesellschaften «*bei der Gedankenfreiheit und damit in der Wissenschaft*» liegen, trifft Weede den Nagel nicht nur auf den Kopf, es unterstreicht auch sein enzyklopädisches Wissen, das sich nicht allein auf konventionelle ökonomische Faktoren beschränkt. In der Tat kann man das Verhängnis der Entwicklung islamischer Gesellschaften schon relativ früh nach einem überaus erfolgreichen Start, der Europa die Erhaltung eines grossen Teils des antiken Geistesguts ermöglicht hat, bei der Aufhebung der Trennung von institutionalisierter Religion und Staat ausmachen.

Eine Herausforderung besonderer Art an jeden, der asiatische Zivilisationen mit griffigen Formeln zu erfassen sucht, ist Indien. Die Indische Union ist in jeder Hinsicht, von den geographischen Dimensionen über die Bevölkerungsgrösse bis hin zu der Vielfalt der Ethnien, Sprachen, Kulturen und Religionen, die sie beherbergt, ein Kontinent für sich. Seit die Indische Union 1947 aus dem ehemaligen Britisch Indien erstanden ist, ist ihrem nationalstaatlichen Zusammenhalt wie ihrer Demokratie immer wieder der baldige Zusammenbruch prognostiziert worden. Dem setzt Weede zutreffend entgegen: «*Es gibt kein vergleichbar armes und linguistisch-kulturell vergleichbar heterogenes Land auf der Erde, das so dauerhaft und stabil demokratisch war.*» Der indische Nobelpreisträger Amartya Sen hat in wegweisenden Untersuchungen die Hintergründe dieses Phänomens erläutert und in überzeugender Weise all jene Stimmen widerlegt, die insbesondere auch mit wohlwollendem Seitenblick auf den Mao-

ismus, Demokratie als Luxus und Armutsbekämpfung zur Priorität gegenüber Menschen- und Bürgerrechten erklärt haben. Zutreffend stellt Weede fest, dass dem unzweifelhaften politischen Erfolg der indischen Eliten, das Riesenreich ohne die Exzesse des Maoismus, Kommunismus oder Nationalsozialismus beisammen gehalten zu haben, gravierende wirtschaftliche Defizite gegenüberstehen. «*Die unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung in Indien ist nicht auf unzureichendes Sparen und zu wenig Investitionen zurückzuführen, sondern auf unzureichende Produktivität.*» Es weist diese nachteilige Entwicklung, an der seit den Achtzigerjahren mit unterschiedlichem Erfolg und unterschiedlicher Intensität Reformen angebracht werden, auf die Gründung der Indischen Union und die starke Prägung der ersten politischen Führung des Landes durch den Fabianismus, aber auch auf die während des kalten Kriegs noch akzentuierte fatale Diffamierung der Marktwirtschaft als westlicher Imperialismus zurück.

Der offenkundige Bankrott des Kommunismus, der sich auch durch die Formel des «*Sozialismus mit chinesischem Gesicht*» nur mangelhaft verdecken lässt, geht in China einher mit einer Neubewertung des Konfuzianismus. Es bestätigt sich damit die grosse Kontinuität, die es in der chinesischen Kultur ungeachtet aller politischen und sozio-ökonomischen Brüche über alle Dynastien hinweg gibt. Im Zentrum des Konfuzianismus steht die Familie. Er bedarf keiner Tempel, keiner Priesterschaft, keiner Dogmatik, sondern nur einiger Prinzipien, die das Verhältnis zwischen den einzelnen Familiengliedern regeln. «*Das Idealbild des Herrschers*», so Weede, «*ist das eines fürsorglichen Vaters.*» Daraus entwickelte sich das Konzept vom «*Mandat des Himmels*», das auf der einen Seite der chinesischen Geschichte eine revolutionäre Komponente verliehen hat – die Bauerndynastie, die von Mao gegründet wurde ist nur die jüngste in einer ganzen Reihe von revolutionären Umwälzungen in der langen chinesischen Geschichte. Zum andern hat ein rigide kontrolliertes Gesellschaftsgefüge, in welchem die innerfamiliäre Solidarität die

*Der offenkundige
Bankrott des
Kommunismus,
der sich auch
durch die Formel
des «Sozialismus
mit chinesischem
Gesicht» nur
mangelhaft
verdecken lässt,
geht in China
einher mit einer
Neubewertung
des Konfuzianis-
mus.*

Erich Weede, *Asien und der Westen. Politische und kulturelle Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2001.

zentrale Rolle spielt, die Entwicklung eines freien Unternehmertums verunmöglicht. Dies hängt nicht nur mit dem geringen Prestige zusammen, das die Kaufleute in der sozialen Hierarchie Chinas traditionell haben, sondern eben auch mit der Tatsache, dass in einem politischen System, das sozusagen auf der Willkür des Paterfamilias (des Kaisers oder des grossen Vorsitzenden) beruht, sich keine verhältnismässig unabhängigen Institutionen wie Adel und Klerus, aber auch nicht ein Kodex mit unveräußerlichen Rechten des Individuums entwickeln konnten.

Im markanten Gegensatz zu China konzentriert sich die Loyalitätspflicht in der japanischen Gesellschaft nicht auf die Familie, sondern auf den Herrscher. Wie Indien die simple Formel, dass eine stabile Demokratie nicht mit Massenarmut koexistieren kann, widerlegt, so steht der Sonderfall Japan dafür, dass der Anschluss an modernste Technologie und Produktion sowie der Aufstieg zum zweitreichsten Land der Welt keine Prärogative des Okzidents ist. Unter den von Weede erhellten Hintergründen dieser aussergewöhnlichen Entwicklung sind zwei besonders aufschlussreich: Zum einen stellt Weede fest, dass die japanische Revolution, die mit dem in der neueren Zivilisationsgeschichte beispiellosen Quantensprung der Meiji Restauration einsetzte, eine «*Revolution von oben*» war und die «*massenhafte Zerstörung von Menschen und Institutionen vermieden*» hat, welche die Französische Revolution, der Bolschewikenputsch in Russland und die Machtübernahme der Kommunisten in China zur Folge hatten. Zum zweiten weist Weede darauf hin, dass die wirtschaftliche Erneuerung Japans nach dem Ende des Schogunats, das «*durch die sichtbare Überlegenheit des Westens*» delegitimiert worden war, «*sicherheitspolitische Ziele*», nämlich die «*Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und später den Grossmachtstatus für Japan*», hatte. Es gilt – und hier spannt sich der Bogen zur Aktualität – diese Zielsetzung auch bei der Evaluation der Chancen und Risiken der derzeitigen Reformbemühungen in Japan im Hinterkopf zu behalten. ♦

Wei Jingsheng

«ICH ERHEBE MEINE STIMME WIEDER UND WIEDER...»

Vor vier Jahren durfte der Dissident Wei Jingsheng nach jahrelanger Haft in chinesischen Gefängnissen in die USA ausreisen. Es war eines der grossen Medienereignisse der Neunzigerjahre. Danach wurde es ruhig. Seitdem Peking die Olympischen Spiele 2008 organisieren darf, ist Wei ein begehrter Gesprächspartner der internationalen Presse. Felizitas von Schönborn traf den Präsidenten der «Overseas Chinese Democracy Coalition» unlängst in Genf im Club suisse de la presse zu einem Gespräch.

Felizitas von Schönborn: Wei Jingsheng, Sie befinden sich hier in Genf, der Stadt, in der alljährlich die Menschenrechtskommission tagt. Was sagen Sie dazu, dass es China in diesem Frühjahr zum zehnten Mal gelungen ist, eine Verurteilung durch die Kommission abzuwenden? Die von den USA eingebrauchte Resolution forderte China unter anderem auf, politische Häftlinge sowie Anhänger der Falun Gong Bewegung freizulassen, die wegen ihrer religiösen Überzeugung inhaftiert worden sind.

Wei Jingsheng: Ich finde, es gereicht weder der Uno noch der gesamten internationalen Gemeinschaft zur Ehre, dass man sich auch in diesem Jahr zu keiner Resolution durchgerungen hat. Erneut hat die internationale Gemeinschaft es nicht gewagt, sich gegen die abscheulichen Menschenrechtsverletzungen in China auszusprechen. Diese Haltung zeugt von einem Mangel an Mut und Würde. Es wider-

spricht auch den grundlegenden Zielen der Kommission, dass bei den Diskussionen über die Menschenrechtslage in China, einem Land, in dem immerhin ein Fünftel der Menschheit lebt, nur offiziell zugelassene Menschenrechtsorganisationen zu Wort kommen. Keine einzige chinesische Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) darf für das chinesische Volk sprechen.

Genf ist auch die Stadt Henry Dunants, der mit seiner Gründung des IRK, der ersten internationalen humanitären Organisation, weltweit neue Massstäbe gesetzt hat. Was kann ein Einzelner, zum Beispiel ein chinesischer Dissident wie Sie, heute noch bewirken?

Als chinesischer Dissident erhebe ich meine Stimme wieder und wieder, damit die gesamte Welt erfährt, unter welch fragwürdigen Bedingungen die chinesische Bevölkerung zu leben gezwungen wird. Ich will, dass die Wahrheit über die ständigen Verletzungen fundamentalster Menschenrechte in China ans Licht kommt und stelle mich allen Versuchen, sie zu vertuschen, entschieden entgegen. Vor allem bin ich überzeugt, dass einzelne Menschen, die nicht davor zurückschrecken, Ungerechtigkeiten anzuprangern, auch andere ermutigen können, sich nicht länger unterdrücken zu lassen. So kann eine Bewegung entstehen, die stark genug ist, sich gegen die Einschüchterungsversuche der Soldaten zu wehren, die ausgeschickt werden, um Kritiker des Regimes mundtot zu machen. Einen ähnlichen Effekt kann man auch bei der Menschenrechtskommission in Genf beobachten. Seit immer mehr einzelne Menschen es wagen, sich für die Verteidigung der Menschenrechte in China

Wei Jingsheng, der «Vater der Demokratiebewegung», wurde am 20. Mai 1950 in Peking geboren. Seine Eltern waren im mittleren Kader von Maos Befreiungssarmee. Schon früh entwickelte er ein Mitgefühl für das Leid der Arbeiter und Bauern. 1967 schloss er sich einer Oppositionsgruppe zu den Roten Garden an, wurde verhaftet und nach kurzem Prozess zu einer hohen Haftstrafe verurteilt, aber wegen seiner Minderjährigkeit nach drei Monaten wieder entlassen. 1973, nach vierjähriger Militärzeit, bekam er in Peking eine Stelle als Elektriker. Als er Deng Xiaoping auf einer Wandzeitung kritisierte, wurde er 1978 verhaftet und 1979 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil rief weltweit scharfe Proteste hervor. 1993, nach 14½ Jahren, wurde er, als «grosszügige Geste» und im Hinblick auf die Kandidatur Chinas für die Olympiade 2000, vorzeitig entlassen. Da er seine Ideen weiterhin verbreitete, wurde er am 1. April 1994 erneut verhaftet, am 14. Dezember nochmals zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt und 1997 gegen seinen Willen in die USA ausgebürgert. 1998 gründete Wei die Demokratische Vereinigung der chinesischen Dissidenten im Ausland. Heute setzt er sich im Rundfunk mit der Sendung «Free China» von den USA und in Zeitungsartikeln von Taiwan und Hongkong aus für die Menschenrechte in China ein. Wei Jingsheng wurde 1994 mit dem Kennedy-Preis (USA) und 1995 mit dem Olof-Palme-Preis (Schweden) ausgezeichnet.

einzusetzen, nimmt der Druck auf die chinesische Delegation ständig zu.

Stimmt es, dass Sie der Anführer der chinesischen Dissidenten sind?

Auch wenn es nicht jedem passt, bin ich der Sprecher der Dissidenten Chinas. Die vielen kleinen chinesischen Widerstandsgruppen bilden die so genannte Koalition der demokratischen Chinesen (The Overseas Chinese Democracy Coalition). Ich bin der Präsident dieser Vereinigung.

Man spricht immer wieder davon, dass Sie, wie der Dalai Lama, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden könnten. Glauben Sie, dass eine solche Entscheidung des Stockholmer Nobelpreiskomitees Ihren Einsatz entscheidend unterstützen würde?

Davon bin ich überzeugt. Ein Preis mit so hohem internationalem Ansehen hätte auf alle Menschen, die sich für Demokratie, Freiheit und die Menschenrechte in China einsetzen, eine ausserordentlich ermutigende Wirkung. Aber wir alle kämpfen nur der Sache wegen und nicht im Gedanken daran, einmal mit irgendwelchen Preisen für unseren Einsatz ausgezeichnet zu werden. Es ist traurig, dass die Leiden der chinesischen Bevölkerung ständig zunehmen und die Regierung die chinesische Bevölkerung immer mehr unterdrückt, statt sich zu demokratisieren. Auf diese Entwicklung wollen wir das Augenmerk der Welt richten. Ein Friedensnobelpreis wäre uns dabei sicher eine grosse Hilfe.

Glauben Sie, dass ein Demokratisierungsprozess von oben Chinas Öffnung bewirken wird oder werden die alten Strukturen durch eine Eruption von unten hinweg gefegt werden?

China krankt vor allem an der Allmacht der Beamten. Man darf den Selbstschutz der Bürokratie nicht unterschätzen. Wenn ob dieser Missstände Millionen von Unterprivilegierten der Geduldsfaden reissen sollte, könnte es zu einem Dammbruch kommen. Kein Mensch kann voraussagen, welche Ausmasse eine solche Entwicklung annehmen würde. Wir jedenfalls wünschen uns eine friedliche Reform. Aber in welcher Form auch immer der Wandel in China stattfindet, bis China sich wirklich zu einem demokratischen Staat gewandelt hat, wird noch sehr, sehr viel Zeit vergehen.

Sprechen wir über Ihr Schicksal. Woher nahmen Sie die Kraft, ungebrochen achtzehn Jahre in chinesischen Gefängnissen

unter schwierigsten Bedingungen zu überleben, ohne dabei Ihren Lebensmut verloren zu haben?

Ich frage mich selbst oft verwundert, wieso gerade ich in der Lage gewesen bin, mich von allen diesen körperlichen und seelischen Torturen nicht unterkriegen zu lassen. Ich bin nämlich ein Mensch wie alle anderen. Aber ich habe sogar meine Wärter in Erstaunen versetzt. Eines Tages fragte mich einer von ihnen, ob ich meinen Einsatz bereuen und – wenn ich könnte – einen anderen Weg wählen würde. Da wurde mir klar, dass es kein Zurück gibt, wenn man einmal den Weg der Wahrheit gewählt hat. Wer sich einmal wirklich für die Wahrheit entschieden hat, der bekommt die Kraft, sich durch keine Folter der Welt von ihr abbringen zu lassen. Die Wahrheit ist die Wahrheit. Wenn man das verstanden hat, ist es unmöglich geworden, sich selbst zu belügen. Was mir geholfen hat, alle Leiden zu überstehen und meinen Optimismus nicht zu verlieren, war mein unwiderruflicher Entschluss, mich für andere einzusetzen.

Liegt dieser Hingabe an die Wahrheit auch eine religiöse Dimension zugrunde?

Nein, ich denke nicht, dass man religiös sein muss, um nach der Wahrheit zu suchen und für sie zu leben.

Was empfinden Sie, wenn Sie sich nun in der sogenannten Konsumgesellschaft bewegen, die in vielem vom Slogan «Kauf macht glücklich» bestimmt wird?

Wenn man das in einen grösseren Zusammenhang stellt, erkennt man, dass sich die meisten Menschen doch auf die eine oder andere Weise für das Wohl und das Überleben der Menschheit einsetzen. Es liegt am Einzelnen zu wählen, auf welche Weise er das tun möchte. Einige setzen sich für die Armen oder Unterdrückten ein, anderen geht es in erster Linie um ein möglichst reich gefülltes Portemonnaie. Es war auch Teil der kommunistischen Propaganda, uns glauben zu machen, dass die Menschen im Westen nur am Geld interessiert seien. Doch als ich 1997 ins Exil in die Vereinigten Staaten geschickt wurde, wurde mir klar, dass das so nicht stimmt. Ich habe erlebt, dass es in allen Schichten Menschen gibt, die am Los des chinesischen Volkes Anteil nehmen.

Und in China? Werden die Impulse der Veränderung mehr von den Idealisten oder

Wer sich einmal wirklich für die Wahrheit entschieden hat, der bekommt die Kraft, sich durch keine Folter der Welt von ihr abbringen zu lassen.

mehr von den Materialisten und Konsumenten ausgehen?

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die meisten Chinesen mehr Freiheit und Demokratie für das Land gewünscht – hauptsächlich aus idealistischen Motiven. Heute hat sich das geändert. Es gibt immer mehr Chinesen, denen es vor allem um ihr persönliches Interesse geht. Aber auch der Wunsch nach mehr Wohlstand ist ein Motor, der zu politischen Veränderungen in China führen wird.

Also Wandel durch Handel?

Ja. Tiefgreifende ökonomische Veränderungen beginnen auch die Mentalität der Chinesen zu verändern. Das wird sich, wie gesagt, schliesslich auch auf die politischen Strukturen auswirken. Aber andererseits ist es eine Illusion zu glauben, dass sich China allein durch mehr Wohlstand von einem totalitären Staat in eine Demokratie verwandeln wird.

Und was sagen Sie zu Peking als Ausstragungsort der Olympischen Sommerspiele 2008?

Man hat oft gesagt, die Olympischen Spiele hätten nichts mit Politik zu tun. Beim Sport ist es wie bei den Menschenrechten: Beide Bereiche haben eine unpolitische und eine politische Dimension. Hat sich die chinesische Regierung bei ihrer Kandidatur für die Olympischen Spiele 2008 nicht auch politischer Mittel bedient? So wurde indirekt ein derart starker wirtschaftlicher Druck auf jene Firmen ausgeübt, die in China investieren wollen, dass diese es oft nicht mehr wagen, die Menschenrechtsverletzungen offen zu kritisieren. Sie verzichten also auf ihre Meinungsfreiheit und übernehmen die von einem totalitären Regime vorgeschriebene Meinung. Mit anderen Worten: Es werden nicht demokratische Impulse nach China importiert, sondern undemokratische Masseregelungen und eine geknebelte Meinungsbildung in andere Länder exportiert.

Sie sind also der Ansicht, dass totalitäre Staaten auch heute noch eine grenzüberschreitende Wirkung haben?

Ja. Ich glaube, dass Einschränkungen der fundamentalen Menschenrechte nicht an den Landesgrenzen Halt machen. Das wird sich auch an den negativen Auswirkungen der Sommerspiele 2008 zeigen. Seit zehn Jahren finden in China Menschenrechtsverletzungen unter dem Deck-



Wei Jingsheng

mantel der Olympischen Spiele statt. Es ist abzusehen, dass sich diese Zustände eher verschlimmern werden. Bereits jetzt hat sich eine kleine Gruppe ihre Taschen gefüllt, während sich die Lebensumstände der meisten Chinesen verschlechtert haben. Diese wachsenden wirtschaftlichen Gräben lassen auch den politischen Unmut im Lande wachsen und könnten zu Spannungen führen.

Könnten sich diese innenpolitischen Spannungen auch auf die Olympischen Spiele auswirken?

Viele Chinesen freuen sich über die Olympischen Spiele. Aber auf den meisten chinesischen Websites zum Beispiel kommt ein ziemliches Missfallen an diesen Spielen zum Ausdruck. Ich halte diesen Widerspruch allerdings für völlig normal.

Warum ist es normal, dass die Bevölkerung in dieser Frage gespalten ist?

Jedes Mal, wenn in China grosse internationale Veranstaltungen organisiert werden, müssen die Bewohner einer Stadt, in der das Ereignis stattfindet, massive Einschränkungen über sich ergehen lassen. Das wird bei der Olympiade 2008 nicht anders sein. Auch diesmal werden sich die Sicherheitsorgane ständig neue Restriktionen für die Bewohner Pekings einfallen lassen. Hinzu kommen die zusätzlichen Steuern, die der chinesischen Bevölkerung aufgebürdet werden, um die verschiedenen Olympiastätten zu errichten. Bereits 1993, während der ersten Kandidatur Pekings für die Olympiade, waren hauptsächlich die armen Bauern dagegen. Aber ich weiss, dass viele Chinesen sich auf die Spiele freuen. Natürlich sind besonders die Sportbegeisterten bereit, fast jeden Preis dafür zu bezahlen. Und dann sind es die Immobilienhändler und Bauunternehmer, die grosse Gewinne erwarten. Die meisten Bauverträge haben sich allerdings bereits Geschäftsleute aus Schanghai unter den Nagel gerissen.

Wie schätzen Sie die Lage in Hongkong ein? Man wird im Ausland mit vielen widersprüchlichen Meldungen konfrontiert.

Ich bin sicher nicht über die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung in Hongkong informiert, bin aber doch sehr beunruhigt darüber, dass die Pressefreiheit in den letzten zwei Jahren immer mehr eingeschränkt worden ist. Von den chinesischen Journalisten wird bereits eine gewisse Eigzensur verlangt. Auch die allgemeine Rechtslage Hongkongs ist an das chinesische Recht angepasst worden. Alarmierend allerdings scheint mir die Art und Weise zu sein, mit der man diese neuen Gesetze anwendet. Da sind die negativen Auswirkungen am offensichtlichsten. Früher waren Genehmigungen für öffentliche Versammlungen ziemlich leicht zu bekommen. Heute müs-

Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich China allein durch mehr Wohlstand von einem totalitären Staat in eine Demokratie verwandeln wird.

«Wegzeichen-Talk im TaK» ist eine Gesprächsreihe mit Felizitas von Schönborn, mit prominenten Zeitgenossen, die im Theater am Kirchplatz in Schaan/Liechtenstein stattfindet. Liechtenstein eignet sich besonders als Stätte brückenbildender Begegnungen, weil es die Mitte der Achse Wien (700 km) und Paris (699 km) bildet und in einmaliger Weise zwischen Tradition und Moderne steht. Bisherige Gesprächspartner waren u.a. Peter Ustinov und Maximilian Schell und die Bestsellerautorin Eveline Hasler. Am 20. September 2001 ist Wei Jingsheng Gast von Felizitas von Schönborn.

sen Organisatoren und Teilnehmer nicht nur mit verschiedenen Behinderungen rechnen, sondern sogar befürchten, bestraft zu werden.

Haben sich die Polizisten Hongkongs den Methoden ihrer Kollegen vom Festland angepasst?

Ja. Zum Beispiel werden die Organisatoren schon zu Beginn einer Demonstration in Verwahrung genommen. Weil heute vieles undemokratischer geworden ist, haben verschiedene Geschäftsleute in Hongkong, die bisher gute Beziehungen zu Peking hatten, damit begonnen, ihr Geld und das ihrer Kunden ins Ausland zu transferieren. Darin spiegelt sich die Befürchtung wider, dass Hongkong dabei ist, Schritt für Schritt weitere Freiheiten zu verlieren.

Glauben Sie, dass es auf Dauer einen wirtschaftlichen Fortschritt in China ohne demokratische Strukturen geben kann?

Nein, das glaube ich nicht. Außerdem sind die meisten Chinesen für demokratische Verhältnisse. Das scheint mir in jeder Hinsicht das beste Fundament für ein zukünftiges China zu sein; denn sonst besteht immer die Gefahr, dass nur einige wenige am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben werden. In einem Einparteiensaat, der die meisten Unternehmen unter Kontrolle hält, können die Verhältnisse schnell umschlagen. Was mich beunruhigt ist, dass viele demokratische Staaten den Verlockungen des chinesischen Marktes erliegen. Dadurch missachten sie den Kampf des chinesischen Volkes um seine fundamentalen Freiheiten. Aber ich bin sicher, dass die freie Welt langfristig ihre Prinzipien und ihre Verantwortung gegenüber der Menschheit nicht für einige Hände voll Münzen verkaufen werden. ♦